

## (Kinder-) Spielplätze in Dürnten



Eine attraktive Gemeinde bietet für die verschiedenen Interessengruppen ein entsprechendes und vielfältiges Angebot. Eine Finnenbahn fürs Lauftraining, Übungslokale für Musikvereine, geeignete Spielplätze für Familien sind Beispiele für solche Angebote, die das Wohnen und Leben in unserer Gemeinde attraktiv machen würden.

### Was wird für Familien und Kinder angeboten?

Die Angebote von Dürntner Vereinen mit tollen Trainingsmöglichkeiten, die Jugendarbeit der Verbände mit verschiedenen Angeboten, Fägy, Kinderkleiderbörse, Schwimmkurse, Musikschule, Spielgruppen, Kinderkrippe, Freizeitplausch, Mobile Jugendarbeit, Mittagstisch- und Nachmittagsbetreuung sind vielfältig.

Kirchgemeinden oder der Vereine zu Stande. Und viele dieser Angebote werden auch mit Beiträgen der Gemeinde und einem günstigen oder kostenlosen Raumangebot unterstützt.

### Mangel an Spielplätzen für Kinder und Anlagen für Jugendliche

Der einzige wirklich attraktive Spielplatz in der Gemeinde entstand auf dem Grundstück der reformierten Kirchgemeinde, dank grossem Engagement des Spielplatzvereins Dürnten.

In den anderen Ortsteilen von Dürnten finden sich öffentliche Spielplätze auf Schulgeländen, die jedoch nur eingeschränkt zugänglich sind. So weht auf dem einzigen Spielplatz im Ortsteil Tann (Schulhaus Bogenacker) selbst bei trockenen Ver-

hältnissen über längere Zeit die rote „Betreten Verboten“-Fahne. Was zur Folge hat, dass oft wochenlang nicht einmal die Rutschbahn benutzt werden darf.

Auf der grossen Sport- und Spielwiese wünschen sich Jugendliche schon lange Fussballgoals, aber auf dem Rasenplatz neben dem Feuerwehrdepot ist sogar das Fussballspielen verboten! Nun hat sich eine Elterngruppe gebildet, die diese Nutzungseinschränkung aufheben will und dazu eine Unterschriftensammlung durchführt.

**Unser Fazit**  
Zum Glück gibt es viele engagierte Einwohnerinnen und Einwohner in der Gemeinde. Wir wünschen uns in Zukunft mehr Unterstützung ihres Engagements für unsere jungen, kleinen und kleinsten Mitbewohner seitens der Behörden. Dass diesbezüglich Handlungsbedarf besteht, geht auch aus der Befragung der Zu- und Wegziehenden vom letzten Jahr hervor. Wir sind gespannt, was die Gemeinde Dürnten nun diesbezüglich unternehmen wird.

## Die Arbeitsgemeinschaft ARGE Tempo 30 stellt sich vor



Fussgängerzone



Begegnungszone



Tempo-30 Zone

Die SP Dürnten, das Unternehmen Dürnten und die Interessensgruppe Tannacker arbeiten in der ARGE Tempo 30 zusammen und setzen sich für sichere Schulwege, sichere Fuss- und

Velowege und für attraktive Wohnquartiere ein.

Mit hoher Priorität werden Sofortmassnahmen verfolgt, welche die „machbare“ Sicherheit für unsere Kinder auf ihren Schul-

wegen gewährleisten sollen. Eine absolute Sicherheit kann natürlich nicht garantiert werden. Doch bis heute gibt es einige Gefahrenstellen in Dürnten, welche mit einfachen und kostengünstigen Massnahmen entschärft werden könnten. Dies soll so bald wie möglich geschehen. Mittelfristig soll neben Tempo 30 und der Einrichtung von Begegnungszonen auch der öffentliche Verkehr gefördert werden.

Haben Sie Interesse an der Arbeit der ARGE Tempo 30, so melden Sie sich unter: [verkehr@spduernten.ch](mailto:verkehr@spduernten.ch)

### Ernst Suter: Korrekt gehandelt heisst noch nicht gerecht gehandelt.

Ernst Suter ist Unrecht geschehen. Es darf nicht sein, dass jemand bis zur Zahlungsunfähigkeit besteuert wird, nur weil er mit dem Ausfüllen der Steuererklärung überfordert war. Das Unverständnis und die Empörung darüber, dass Ernst Suter mehr als das Doppelte seines bescheidenen Jahresverdienstes an Steuern zahlen musste, war an der letzten Dürntner Gemeindeversammlung überdeutlich spürbar.

Klar: Ernst Suter hat sich ungeschickt verhalten. Er hätte Hilfe anfordern können. Aber jemand hätte doch merken müssen, dass da etwas schief lief. Der Entscheid der Gemeindeversammlung war denn auch klar: Ein Teil der zu viel bezahlten Steuern ist zurückzuerstatten.

Inzwischen hat der Regierungsrat zur Sache Stellung genommen. Niemand habe falsch gehandelt, wurde uns mitgeteilt. Die Ämter hätten alle Vorschriften eingehalten. Ernst Suter sei eigentlich selbst schuld, er hätte ja Hilfe anfordern können.

Klar, es wurde korrekt gehandelt, aber ob die überrissenen Steuern auch wirklich berechtigt waren, war für den Regierungsrat offensichtlich kein Thema. Doch genau darum geht es: Dass ein Bürger vom Steuervogt bis aufs Hemd ausgezogen wird, lässt sich ethisch in keiner Weise rechtfertigen.

Ernst Suter ist Unrecht geschehen und dieses Unrecht muss wieder gutgemacht werden. Die Bundesverfassung fordert, dass jeder nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden soll (Art.127). Wir erwarten darum, dass der Gemeinderat sich nicht vom Regierungsrat umstimmen lässt und bei seiner Zusage bleibt, der Gemeindeversammlung den Antrag zu stellen, Ernst Suter 250'000 Fr. der entrichteten Steuern zurückzuzahlen. Alles andere wäre Unrecht.

Wir erwarten zudem, dass sich der Kanton auch an der Wiedergutmachung des Unrechts beteiligt. Es wäre Aufgabe des Gemeinderates, in dem Sinne aktiv zu werden.